

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/5873

über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Martin Bachhuber**
Mitberichterstatter: **Mannfred Pointner**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten haben den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 94. Sitzung am 26. Oktober 2010 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 36. Sitzung am 24. November 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Gesetzentwurf in seiner 36. Sitzung am 30. November 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat den Gesetzentwurf in seiner 42. Sitzung am 2. Dezember 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: 1 Zustimmung, 1 Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
6. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Gesetzentwurf in seiner 34. Sitzung am 8. Dezember 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
7. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in seiner 47. Sitzung am 9. Dezember 2010 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in Art. 5 als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2011“ eingefügt wird.

Georg Winter
Vorsitzender

